

Daniel Burri: «Beim Thema Wohnungskrise ist WOHNEN SCHWEIZ politisch sehr aktiv»

An der Delegiertenversammlung von WOHNEN SCHWEIZ in Emmen skizzierte Präsident Daniel Burri die Position des Verbandes zur Wohnungskrise: «Die Schweiz braucht mehr preisgünstige Wohnungen am richtigen Ort.» Dafür setzt der Verband auf die Politik und die Mitglieder.

Der Mangel an Wohnraum ist eines der aktuell wichtigsten Themen. Deshalb lag es auf der Hand, dass sich Daniel Burri als Präsident von WOHNEN SCHWEIZ an der DV vor 200 Delegierten und Gästen dazu äusserte. Im Unterschied zu anderen Akteuren gehe es WOHNEN SCHWEIZ «nicht um markige Sprüche und utopische Forderungen vor Mikrofonen und Kameras». WOHNEN SCHWEIZ schlage andere Töne an: «Wir wollen mit realistischen und mehrheitsfähigen Forderungen politisch etwas bewirken.»

«Wir wollen mit realistischen und mehrheitsfähigen Forderungen politisch etwas bewirken.»

Klare Haltung: drei Punkte

«Der Bundesrat macht sich echte Sorgen über die Verknappung auf dem Wohnungsmarkt und misst den Wohnbaugenossenschaften eine grosse Bedeutung zu», sagte Präsident Burri und verwies auf ein exklusives Interview mit Bundesrat Guy Parmelin im Magazin WOHNEN SCHWEIZ (Ausgabe 1/2023). Der Verband habe sich intensiv mit der Wohnungskrise beschäftigt und folgende Haltung entwickelt:

1. Es braucht mehr Wohnungen.
2. Es braucht mehr preisgünstige Wohnungen.
3. Es braucht mehr preisgünstige Wohnungen am richtigen Ort.

Dafür brauche es einerseits das aktive Wirken der Baugenossenschaften, andererseits Interessenvertretung und politische Arbeit. In diesem Sinn wirke

WOHNEN SCHWEIZ am Runden Tisch des Bundes zur Wohnungskrise mit, engagierte sich in der Kontaktgruppe Mietrecht, am Runden Tisch Wohnungsknappheit im Kanton Luzern und in weiteren Gremien.

Politik 1: Verdichtung fördern

Die unmittelbare Interessenvertretung leistet der Verband mit dem politischen Beirat von WOHNEN SCHWEIZ. Darin sind Mitglieder des Parlaments aus den bürgerlichen Fraktion vertreten. Präsident Daniel Burri und Geschäftsführer Adrian Achermann treffen sich in jeder der vier Sessions mindestens ein Mal mit dem Beirat. «Gemeinsam wollen wir die Bedürfnisse unserer Mitglieder und die Interessen des gemeinnützigen Wohnungsbaus auf Basis bürgerlich-liberaler Grundwerte vertreten.» Mit Erfolg: Auf Anregung von WOHNEN SCHWEIZ hat der Zuger FDP-Ständerat Matthias Michel eine Motion für mehr Verdichtung eingereicht. Der Bund soll Grundlagen schaffen, damit die Kantone in ihren Richtplänen Gebiete für eine verstärkte Verdichtung im Siedlungsgebiet mit entsprechenden Instrumenten und Zonen für den gemeinnützigen Wohnungsbau, allenfalls Ausnützungsboni, bezeichnen.

Politik 2: Baubewilligungen

Auch bei den Baubewilligungsverfahren setzt WOHNEN SCHWEIZ an. Nationalrat Kurt Fluri (FDP, SO), langjähriges Mitglied des politischen Beirats WOHNEN SCHWEIZ, hat eine Interpellation eingereicht. Darin erkundigt er sich nach den Möglichkeiten, wie der



Daniel Burri erläuterte die Haltung und die Massnahmen des Verbandes WOHNEN SCHWEIZ gegen die Wohnungskrise. Bild Corinne Glanzmann

«Beim Thema Wohnungskrise sind wir sehr aktiv – sowohl sichtbar wie auch hinter den politischen Kulissen.»

Bundesrat die Baubewilligungsverfahren beschleunigen könnte – mit der Verhinderung missbräuchlicher Einsprachen und beschleunigten Baubewilligungsverfahren für den gemeinnützigen Wohnungsbau. Je nach Antwort werden der Verband und Fluri mit einer Motion nachlegen.

Burri versicherte den Delegierten: «Beim Thema Wohnungskrise sind wir sehr aktiv – sowohl sichtbar wie auch hinter den politischen Kulissen.»

Kurt Bischof